Verordnung über die Berufsschulen im Gesundheitswesen

Vom 9. Januar 1996

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, gestützt auf §§ 29 und 38 Abs. 1 des Organisationsgesetzes vom 22. April 1976¹⁾, erlässt folgende Verordnung:

Kantonale Schulen für Gesundheitsberufe

§ 1.²⁾ Der Kanton Basel-Stadt führt Schulen für Berufe im Gesundheitswesen in den Bereichen

- Gesundheits- und Krankenpflege,
- Pflegeassistentz,
- medizinisches Labor,
- medizinisch-technische Radiologie,
- Physiotherapie.

²⁾ Die Schulen für Berufe im Gesundheitswesen werden von der Abteilung Berufsschulen im Gesundheitswesen des Sanitätsdepartementes³⁾ geführt.

Abteilung Berufsschulen im Gesundheitswesen

§ 2. Die Abteilung Berufsschulen im Gesundheitswesen trägt die Leitungsverantwortung für die einzelnen Schulen; sie ist zuständig für die schulübergreifende Koordination sowie für Information und Öffentlichkeitsarbeit.

²⁾ Sie erarbeitet die Pflichtenhefte der einzelnen Schulleitungen sowie die erforderlichen Reglemente über Inhalt und Organisation der Ausbildungen sowie Promotions- und Prüfungsordnungen. Diese Erlasse bedürfen der Genehmigung des Sanitätsdepartementes⁴⁾. Sie sind dem Schweizerischen Roten Kreuz vorgängig zur Stellungnahme zu unterbreiten.

¹⁾ SG 153.100.

²⁾ § 1 Abs. 1 in der Fassung des RRB vom 21. 10. 1997 (wirksam seit 1. 1. 1998); Abschn. III des vorerwähnten RRB enthält folgende *Übergangsbestimmung*: Die Verantwortung für die Ausbildung der Schülerinnen und Schüler, welche den bis 31. Dezember 1997 begonnenen Ausbildungsgängen der Laborschule, der Schule für medizinisch-technische Radiologie MTRA und der Physiotherapieschule des Kantonsspitals angehören, geht per 1. Januar 1998 auf die neuen Schulorgane über. Die allgemeinen Rechte und Pflichten richten sich nach den bisherigen Bestimmungen und Vereinbarungen. Die Berechtigung zum Erlass von Entscheiden und Verfügungen sowie das Rekursverfahren richten sich nach dieser Verordnung.

³⁾ §§ 1 Abs. 2, 2 Abs. 2, 4 Abs. 1 und 3 sowie 7 Abs. 3: Zuständigkeit im Bereich Gesundheitsschulen per 1. 1. 2005 vom Sanitätsdepartement aufs Erziehungsdepartement übertragen durch RRB vom 31. 8. 2004.

⁴⁾ § 2 Abs. 2: Siehe Fussnote 3.

Schulleitungen

§ 3. Die Leitung der einzelnen Schulen ist zuständig für die fachliche Qualität und die Organisation der Ausbildung.

Schulkommissionen⁵⁾

§ 4.⁵⁾ Das Sanitätsdepartement⁶⁾ wählt für jede Schule eine aus sieben bis neun Mitgliedern bestehende Schulkommission auf die Amtsdauer des Regierungsrates unter gleichzeitiger Bezeichnung der Präsidentin oder des Präsidenten. Die Kommissionen sind unabhängig und nicht weisungsgebunden.

² Den Schulkommissionen gehören praktisch tätige Berufsangehörige aus den Fachgebieten der jeweiligen Schule und Fachleute der mit der praktischen Ausbildung beauftragten Praktikumsorte an. Zusätzlich werden eine Vertretung des Lehrkörpers, ein juristisch ausgebildetes Mitglied, Bildungsfachleute und soweit erforderlich medizinisches Fachpersonal anderer Berufsrichtungen in die Kommission delegiert.

³ Die einzelnen Schulkommissionen bestimmen, ob ihnen eine Vertretung der Schülerschaft angehört, und wählen gegebenenfalls das Mitglied auf Vorschlag der Schülerschaft. Sie informieren das Sanitätsdepartement⁶⁾.

⁴ Die Kommissionen konstituieren sich selbst. Sie tagen mindestens zweimal jährlich.

⁵ Die Leitungen der Schulen nehmen mit je einer Person mit beratender Stimme an den Kommissionssitzungen teil. Die Leiterin oder der Leiter der Abteilung Berufsschulen im Gesundheitswesen kann an den Kommissionssitzungen mit beratender Stimme teilnehmen.

Aufgabenbereich der Schulkommissionen⁷⁾

§ 5.⁷⁾ Die Schulkommission unterstützt und berät die ihr zugeordnete Schule sowie die Abteilung Berufsschulen im Gesundheitswesen.

² Die Schulkommission behandelt und entscheidet über Rekurse gegen Verfügungen der jeweils zuständigen Schulorgane. Diese Aufgabe kann sie einem Rekursausschuss delegieren, der aus mindestens drei stimmberechtigten Mitgliedern der Schulkommission besteht. Das juristisch ausgebildete Mitglied gehört einem allfälligen Rekursausschuss in jedem Fall an.

³ Sofern die Schülerinnen und Schüler nicht in der Schulkommission vertreten sind, können sie mit Anliegen aus dem Ausbildungsbereich direkt an die Schulkommission gelangen. Die Präsidentin oder der Präsident entscheidet im Einzelfall darüber, ob die Schülerinnen und Schüler ihre Anliegen persönlich vor der Kommission vertreten können.

⁵⁾ §§ 4 und 5 jeweils samt Titel in der Fassung des RRB vom 21. 10. 1997 (wirksam seit 1. 1. 1998). Bezüglich Übergangsbestimmung: Siehe Fussnote 2.

⁶⁾ § 4 Abs. 1 und 3: Siehe Fussnote 3.

⁷⁾ § 5 samt Titel: Siehe Fussnote 5.

Aufnahmekommissionen

§ 6. Die Abteilung Berufsschulen im Gesundheitswesen bezeichnet für jede Schule die erforderliche Zahl an Aufnahmekommissionen; sie ist für die erforderliche Koordination unter den Kommissionen bezüglich der Aufnahmepraxis zuständig.⁸⁾

² Jede Aufnahmekommission besteht aus drei bis fünf Mitgliedern. Ihr gehört eine Vertretung der Schule an. Die übrigen Mitglieder werden von der Abteilung Berufsschulen im Gesundheitswesen gewählt, wobei mindestens ein Drittel der Mitglieder der Aufnahmekommission dem Praxisbereich angehört.

³ Die Aufnahmekommissionen entscheiden über die Aufnahme an die Schule.

Ausbildungsverhältnis

§ 7.⁹⁾ Das Ausbildungsverhältnis untersteht dem öffentlichen Recht des Kantons Basel-Stadt.

² Ausbildungslohn, Arbeitszeit, Ferienanspruch und Sozialleistungen richten sich nach den für Schülerinnen und Schüler bzw. das gesamte staatliche Personal festgelegten Grundsätzen.

³ Das Sanitätsdepartement¹⁰⁾ erlässt für die einzelnen Schulen Reglemente über die Rechte und Pflichten der Schülerinnen und Schüler.

⁴ Schülerinnen und Schüler, die in einem Anstellungsverhältnis zu ausserkantonalen oder privaten Organisationen und nicht in einem direkten Vertragsverhältnis zur Abteilung Berufsschulen im Gesundheitswesen stehen, werden den übrigen Schülerinnen und Schülern gleichgestellt. Die Einzelheiten werden im Vertrag zwischen der Ausbildungsinstitution und der privaten oder ausserkantonalen Organisation geregelt.

⁵ Die Schülerinnen und Schüler unterstehen der Geheimhaltungs- und Schweigepflicht bezüglich aller im Rahmen der Ausbildung erfolgten Wahrnehmungen über die gesundheitlichen und persönlichen Verhältnisse von betreuten Personen und ihren Angehörigen.

⁸⁾ § 6 Abs. 1 in der Fassung des RRB vom 21. 10. 1997 (wirksam seit 1. 1. 1998). Bezüglich Übergangsbestimmung: Siehe Fussnote 2.

⁹⁾ § 7: Abs. 4 eingefügt durch RRB vom 21. 10. 1997 (wirksam seit 1. 1. 1998); dadurch wurde der bisherige Abs. 4 zu Abs. 5. Bezüglich Übergangsbestimmung: Siehe Fussnote 2.

¹⁰⁾ § 7 Abs. 3: Siehe Fussnote 3.

Entscheide und Verfügungen

§ 8. Die zuständige Schulleitung entscheidet über Promotion, Remotion, definitive Entlassung aus fachlichen Gründen sowie über das Bestehen der Abschlussprüfung.

² Die Entlassung einer Schülerin oder eines Schülers aus disziplinarischen Gründen fällt in die Kompetenz der Abteilung Berufsschulen im Gesundheitswesen.

³ Entscheide der Schulorgane, namentlich betreffend Nichtzulassung, Remotion und definitive Entlassung sowie Disziplinar massnahmen, sind in Form einer beschwerdefähigen Verfügung zu erlassen und mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen.

Rechtsmittel und Verfahren

§ 9. Gegen Verfügungen der Aufnahmekommission und der Schulleitung gemäss § 8 Abs. 1 kann innert 10 Tagen seit Erhalt an die Schulkommission rekurriert werden.

² Die Präsidentin oder der Präsident klärt den Sachverhalt ab, ordnet die nötigen vorsorglichen Massnahmen an und entscheidet darüber, ob die rekurrierende Person anlässlich der Verhandlung vor der Schulkommission angehört oder ob ihr das rechtliche Gehör in anderer Form gewährt wird.

³ Gegen den Entscheid der Rekurskommission kann innert 10 Tagen seit Erhalt Rekurs beim Erziehungsdepartement erhoben werden.¹¹⁾

⁴ Rekursen gegen Entscheide der Schulorgane ist die aufschiebende Wirkung entzogen. Eine gegenteilige Anordnung der Verfahrensleitung bleibt vorbehalten.

Einschränkung der Geltung bisherigen Rechts

§ 10.¹²⁾

¹¹⁾ § 9 Abs. 3 in der Fassung des RRB vom 20. 1. 2009 (wirksam seit 3. 12. 2009).

¹²⁾ § 10 aufgehoben durch RRB vom 21. 10. 1997 (wirksam seit 1. 1. 1998).

Übergangsrecht

§ 11. Die Verantwortung für die Ausbildung der Schülerinnen und Schüler, welche den bis Oktober 1995 begonnenen Ausbildungsgängen der Pflegeschulen an den staatlichen Spitälern sowie der Schule für Pflegeassistenz angehören, geht per 1. Januar 1996 auf die neuen Schulorgane über. Die allgemeinen Rechte und Pflichten richten sich nach den bisherigen Bestimmungen und Vereinbarungen.

² Die Berechtigung zum Erlass von Entscheiden und Verfügungen, welche Schülerinnen und Schüler gemäss Abs. 1 betreffen, sowie das Rekursverfahren richten sich nach dieser Verordnung.

Inkrafttreten

§ 12. Diese Verordnung ist zu publizieren; sie wird rückwirkend per 1. Januar 1996 wirksam.